

Nr. 15/806

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zielorientiertes Studium fördern
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 18. Oktober 2001
(Drucksache 15/860)
2. Durchgreifende Studienreform an der Universität zügig voranbringen!
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 26. November 2001
(Drucksache 15/914)

Nr. 15/807

Technologieoffensive für das Land Bremen

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 14. November 2001
(Drucksache 15/906)

Der Senat wird aufgefordert,

1. für die Querschnittsaufgabe der Steuerung im Bereich Zukunftstechnologien einen Senatsbeauftragten mit entsprechenden Aufgaben der Koordinierung einzusetzen, der im Hinblick auf das Gesamtinteresse des Landes die Abstimmung aller Ressorts zur strategischen Ausrichtung in dem genannten Bereich, zur Schwerpunktsetzung, zur Positionierung des Medien- und IuK-Standortes Bremen und zur übergreifenden Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Wissenschaft optimiert;
2. die Bremer Innovations-Agentur (BIA) zu einer „Bremischen Innovationszentrale“ für den oben beschriebenen Strukturwandel auszubauen, die in Zusammenarbeit mit den bremischen Hochschulen Ideen und Aktivitäten im Bereich der innovativen Technologien bündelt, koordiniert und gezielt fördert. Die Bremerhavener Gesellschaft für Innovationsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) ist in diese Weiterentwicklung angemessen einzubeziehen;
3. in Kooperation mit der „Bremischen Innovationszentrale“ themenbezogene „Zukunftsnetzwerke“ zu gründen, in denen in regelmäßigen Abständen kompetente Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zusammenkommen, um ihr Wissen, ihre Erfahrungen und Vorstellungen/Ideen für eine zukunftsgerichtete Politik für Bremen und Bremerhaven abzustimmen und nach Möglichkeit diesbezügliche Konzepte zu erarbeiten;
4. darauf hinzuwirken, dass durch den Senator für Wirtschaft und Häfen und den Senator für Bildung und Wissenschaft in Kooperation mit der BIA und der BIS eine wissenschaftliche Untersuchung über die Marktfähigkeit der technologischen Innovationen in Bremen bezogen auf die Forschungs- und Bildungseinrichtungen, die Bremer Unternehmen sowie die örtlichen Gegebenheiten in Auftrag gegeben wird;
5. anknüpfend an das Prinzip einer aktiven Marktbearbeitung Netzwerke mit nationalen und internationalen High-Tech-Zentren aufzubauen und dort ge-

gegebenfalls Verbindungsbüros einzurichten, umso eine funktionierende Basis für regen Austausch und enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Hochschulen und Instituten zu schaffen;

6. die Anstrengungen zur Bereitstellung von Wagniskapital zu verstärken und dabei die Ansiedlung privater Venture-Capital-Firmen zu fördern, da insbesondere in den verschiedenen Startphasen High-Tech-Unternehmen auf die Zuführung von Risikokapital angewiesen sind;
7. die bestehenden Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen sowie Unternehmen am Standort Bremen stärker zu bündeln, existierende Kompetenzcluster zu stärken und gegebenenfalls bedarfsgerecht neue Einrichtungen zu fördern;
8. die in Bremen und Bremerhaven erfolgreichen IuK-Standorte auszubauen, um die vielfältigen Chancen des in diesem Sektor rasanten Innovationszuwachses für das Land Bremen zu nutzen. Die Kooperationsverträge mit der Deutschen Telekom und Microsoft sind gute Beispiele dafür, wie die Potentiale zeitnah in konkrete Anwendungen einfließen und wirtschaftlich genutzt werden können. Kooperationen im Hardware-Bereich sind erforderlich, um solche Modelle der Zusammenarbeit qualitativ und quantitativ zu optimieren;
9. ein intensives Standort-Marketing zu betreiben, um die Technologiekompetenz und den erfolgreichen Strukturwandel im Land Bremen darzustellen und so die Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven für Fachkräfte, Unternehmer und Existenzgründer attraktiv zu machen. Die guten Erfahrungen und Ergebnisse der diesjährigen CeBit-Präsentationen sind auszuwerten und bei künftigen Auftritten Bremens und Bremerhavens auf Messen, Kongressen etc. positiv weiterzuentwickeln und zu intensivieren;
10. zur Verwirklichung, Förderung und Beschleunigung vorgenannter Maßnahmen die Förderstruktur effizienzsteigernd anzupassen. Mit der Zielsetzung einer verbesserten Renditeabschöpfung durch die öffentliche Hand, erscheint eine frühzeitige Beteiligung des Landes Bremen an neuen Unternehmen sinnvoll. Bei der Bereitstellung von Venture Capital sollte die Bremer Aufbau-Bank eine zentrale Rolle spielen. Das erforderliche Finanzvolumen ist nach Abschluss der Marktexpertise festzulegen;
11. zur Realisierung der Technologieoffensive im Lande Bremen im Doppelhaushalt 2002/2003 eine Haushaltsstelle „Technologieoffensive“ einzurichten, über deren Dotierung die Bremische Bürgerschaft im Rahmen ihrer Haushaltsbeschlüsse entscheidet;
12. der Bürgerschaft (Landtag) bis zum 28. Februar 2002 ein detailliertes Konzept für die Realisierung der Technologieoffensive Bremen vorzulegen, in dem auch die inhaltlichen und finanziellen Bezüge zu bzw. Verknüpfungen mit anderen Programmen wie beispielsweise „Bremen in T.I.M.E.“ dargelegt werden.

Nr. 15/808

Viertes Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen Bremen und Bremerhaven

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/897)

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/809

Gesetz über den Abschiebungsgewahrsam

Mitteilung des Senats vom 9. Oktober 2001
(Drucksache 15/853)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/810

Keine versteckten Subventionen für das Musical Hair!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 9. November 2001
(Drucksache 15/876)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/811

Zivilschutz im Land Bremen ausbauen

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 12. November 2001
(Drucksache 15/877)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/812

Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG)

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/898)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/813

Gesetz zur Überleitung von Personal auf die Gebäude- und TechnikManagement Bremen, Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen

Mitteilung des Senats vom 13. November 2001
(Drucksache 15/899)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/814

Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Mitteilung des Senats vom 27. November 2001
(Drucksache 15/917)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.